

Eine kurze Abrechnung mit Mitsotakis' Ministerpräsidentschaft: Autoritärer Neoliberalismus "a la greca"

Von Danai Koltsida, 25 Apr 23 - Transform Europe (dt. Übersetzung)

In weniger als einem Monat stehen in Griechenland Parlamentswahlen an. Nach einer fast vierjährigen Amtszeit der Einparteienregierung des rechten Premierministers Kyriakos Mitsotakis steht viel auf dem Spiel.

Kyriakos Mitsotakis kam im Juli 2019 an die Macht und löste die SYRIZA-Regierung aus der turbulenten Zeit von 2015-2019 ab. Seit ihrem Wahlsieg erwies sich die ND-Regierung als eine Version des autoritären Neoliberalismus a la greca.

Im wirtschaftlichen Bereich vollendete die Regierung den neoliberalen Angriff auf alle nach einem Jahrzehnt der Austerität noch verbliebenen sozialen Rechte und öffentlichen Güter und/oder machte praktisch alle arbeitnehmerfreundlichen Maßnahmen rückgängig, die zuvor von der SYRIZA-Regierung in harten Verhandlungen mit der Troika der Gläubiger des Landes erreicht worden waren.[1] Im sozialen und politischen Bereich war der Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten intensiv. Die Liste der Maßnahmen ist lang und reicht von dem neuen Rechtsrahmen, der praktisch alle sozialen Proteste illegal machte, bis zur Einrichtung einer speziellen Polizeieinheit, die für die Universitäten zuständig ist.

Gleichzeitig - und das erklärt den Begriff "a la greca" - erwies sich die rechte Regierung als eine der korruptesten, die das Land je gesehen hat: Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Verwendung öffentlicher Mittel scheinen für die Regierungspartei ein Fremdwort zu sein, während kleine und große Skandale in Bezug auf ihre Verbindungen zu Interessengruppen und die wirtschaftlichen Aktivitäten einiger der Mehrheitsabgeordneten an der Tagesordnung sind.

Die Pandemie als Katalysator

Die Covid19-Pandemie erwies sich als Katalysator, der die oben genannten politischen Entscheidungen erleichterte. Mit dem Ausnahmezustand wurde praktisch alles gerechtfertigt: von einer Reihe von Direktvergaben öffentlicher Aufträge ohne offene Ausschreibung bis hin zur Verhängung irrationaler Ausgangssperren oder anderer restriktiver Maßnahmen. Die Tatsache, dass über einen langen Zeitraum hinweg Maßnahmen der sozialen Distanzierung die direkte soziale Interaktion verhinderten, verstärkte zudem den Einfluss der Massenmedien - und das zu einer Zeit, in der Griechenland im Weltindex für Pressefreiheit auf Platz 108 zurückgefallen war (von Platz 70 im Jahr 2021) und damit den letzten Platz unter den EU-Mitgliedstaaten einnahm.

Drei wichtige Entwicklungen der letzten Zeit

Schematisch könnte man sagen, dass drei aufeinanderfolgende Entwicklungen der letzten Monate Kyriakos Mitsotakis und seine Regierung ihrer drei grundlegenden Behauptungen, der drei grundlegenden Vorteile, die er zu besitzen behauptete, beraubt haben.

Erstens haben der Preisanstieg und die explodierende Inflation, die nicht nur die schwächsten Haushalte, sondern auch einen großen Teil der Mittelschicht, der kleinen und mittleren Unternehmen usw. betrafen, das soziale Bündnis traumatisiert, das die ND mit dem Versprechen, die "Mittelschicht" zu unterstützen, um sich geschart hatte. Griechenland ist eines der EU-Länder¹

mit den schlechtesten Ergebnissen im Kampf gegen die Auswirkungen der Inflation. Darüber hinaus drohte die Tatsache, dass die griechischen Haushalte und KMU aufgrund der vorangegangenen Sparpolitik von einem deutlich niedrigeren Ausgangsniveau in diese neue Phase der Wirtschaftskrise eintraten, die Wirtschaftskrise in eine soziale und humanitäre Krise zu verwandeln.

Zweitens hat der jüngste Abhörskandal[2] das Profil von Mitsotakis als gemäßigter, liberaler europäischer Führer erheblich beschädigt und sein Verhältnis zu den eher zentristischen Teilen seiner Wählerschaft beeinträchtigt. Darüber hinaus erschwerte die Tatsache, dass eines der Opfer der Vorsitzende der PASOK war, eine mögliche Koalitionsregierung zwischen ND und PASOK. Drittens hat das jüngste Zugunglück in Tempi[3] in Verbindung mit der hohen Zahl der Todesopfer während der Pandemie trotz einer der strengsten Abriegelungen in Europa ebenfalls erhebliche Zweifel am Image von Mitsotakis als "gutem Manager" aufkommen lassen und ihn damit seines letzten Trumpfes beraubt. Dieser Unfall hatte einige Aspekte, die von hoher politischer Relevanz sind:

Er war nicht unvorhersehbar. Die Eisenbahngewerkschaften und die Oppositionsparteien hatten wiederholt vor gravierenden Sicherheitsmängeln gewarnt. Die Eisenbahnverwaltung und die Regierung waren sich also der Risiken bewusst, die sie jedoch ignorierten, so dass ihre Verantwortung für das Unglück in der öffentlichen Meinung von der ersten Minute an feststand. Das Unglück machte deutlich, wie wichtig hochwertige öffentliche Dienstleistungen sind. Die Privatisierung des Eisenbahnverkehrs war eine der Voraussetzungen für die Rettungsprogramme, während die Infrastruktur in staatlichem Besitz blieb. Die Tatsache, dass die Ursachen des Unglücks auf der Seite der Infrastruktur lagen, eröffnete eine Diskussion mit tiefen ideologischen und politischen Wurzeln.

Die Rechte forderte, dass der Verkehr und andere wichtige Dienstleistungen vollständig privatisiert werden sollten, da sich der Staat als unfähig erwiesen habe, während große Teile der Linken vorschlugen, das öffentliche Eigentum an wichtigen Gütern und Dienstleistungen wiederherzustellen, wobei Syriza die Bedeutung einer Reform der öffentlichen Verwaltung hervorhob, um effizienter zu werden.

Fast jeder in Griechenland war davon betroffen. Die Tatsache, dass es sich bei den meisten Opfern um junge Studenten handelte, die nach einem verlängerten Wochenende zu ihren Studien zurückkehrten, wobei viele von ihnen ihre Eltern besucht hatten, führte dazu, dass sich praktisch jeder mit ihnen identifizierte. Der Hauptslogan der Proteste, die beeindruckend zahlreich waren und an denen vor allem die griechische Jugend teilnahm, lautete: "Ruf mich an, wenn du kommst", eine sehr verbreitete Redewendung im Familien- und Freundeskreis.

Perspektiven für die Wahlen

In diesem politischen Kontext finden am 21. Mai in Griechenland Parlamentswahlen statt. Momentan deuten die Umfragen auf einen engen Kampf zwischen der ND und SYRIZA hin,[4] aber die Tatsache, dass zum ersten Mal ein Verhältniswahlsystem zur Anwendung kommt, wird die Parteien dazu zwingen, nach Allianzen zu suchen, und - sollte keine Einigung erzielt werden - werden am 2. Juli zweite Wahlen stattfinden, diesmal unter einem Mehrheitswahlsystem. Während die Popularität und die Unterstützung für die ND und Kyriakos Mitsotakis stetig und deutlich gesunken sind, hat sich noch keine klare Wahlalternative herauskristallisiert. SYRIZA ist in der Wählergunst stabil und langsam im Aufwind, hat aber von den Verlusten der ND - zumindest bisher - nicht in vollem Umfang profitiert. Ihre Regierungsvergangenheit und ihre "catch-all"-Strategie sowie die Tatsache, dass der Wettbewerb auf der linken Seite des politischen Spektrums

härter ist, da den Wählern mehr linke Parteien zur Auswahl stehen, scheinen es SYRIZA schwer zu machen, eine stabile Wählerbasis aufzubauen. Außerdem hat sich das griechische Parteiensystem noch nicht vollständig von dem Wahlbeben von 2012 erholt, da der Prozess der Neuausrichtung der Wähler offenbar noch nicht abgeschlossen ist. Die Identifikation mit einer Partei ist eher gering (was insbesondere bei SYRIZA-Wählern auch dadurch erklärt werden kann, dass die Wählerschaft ohnehin eher "jung" ist, da sie nach 2012 gegründet wurde), und fast jeder vierte Wähler wird seine Wahlentscheidung erst im letzten Monat des Wahlkampfes treffen.

Diese Äußerungen machen deutlich, dass der Ausgang der bevorstehenden Wahlen völlig offen ist. Das Rennen wird auf jeden Fall knapp werden, aber der Gewinner - und erst recht derjenige, der nach der ersten oder sogar einer zweiten möglichen Wahl eine Regierung bilden kann - ist noch unklar.

Die soziale und politische Unzufriedenheit ist groß, aber im Moment noch still und ohne eine klare Vertretung. Ob, wie, gegen wen und von wem sich diese Unzufriedenheit in den Wahlen äußern wird, ist die große Frage der kommenden Wahlen. Die Chancen stehen gut, dass sich die Wähler am Ende dafür entscheiden werden, an den Wahlen teilzunehmen, um ihre Unzufriedenheit mit der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Höchstwahrscheinlich wird SYRIZA von dieser Wahl begünstigt werden, da sie die praktikabelste Regierungsalternative ist und somit eine reelle Chance auf einen Sieg hat, aber auch die extreme Rechte und die Stimmenthaltung könnten bedeutende Gewinne erzielen. Die Beteiligung oder Stimmenthaltung der Jugendlichen, die die Protagonisten der jüngsten sozialen Proteste waren und normalerweise eher für die Linke stimmen, wird ebenfalls ein entscheidender Faktor sein[5].

Schlussfolgerung: Ein Kampf für Griechenland und ein Kampf für Europa

Es ist wichtig zu betonen, dass der Ausgang dieser Wahlen nicht nur für Griechenland, sondern auch für Europa entscheidend ist. Die griechische Gesellschaft befürwortet einen politischen Wandel und fordert Gerechtigkeit auf allen Ebenen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Aber gleichzeitig ist die Fortsetzung des Abgleitens Griechenlands in einen immer stärkeren Autoritarismus im Falle einer Verlängerung des Mandats der derzeitigen Regierung etwas, das von den europäischen Gesellschaften und insbesondere von den europäischen Linken und fortschrittlichen Kräften nicht außer Acht gelassen werden kann. Zumindest nicht in einer Zeit, in der die europäischen Länder einen Rechtsruck nach dem anderen vollziehen. Der jüngste Besuch von Alexis Tsipras in Berlin und seine Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz und der deutschen Linken deuten darauf hin, dass sich viele progressive politische Kräfte dessen bewusst sind. Der Kampf der griechischen Linken ist ein Kampf für Griechenland und ein Kampf für Europa.

Quellenangaben:

[1] Für weitere Details siehe: Achtsioglou, E., "Syriza und die soziale Frage", in: Douzinas, C., Bartsides, M. (eds.), *Thinking Left Governmentality: The Syriza Experience 2015-2019*, Transform Europe/Nicos Poulantzas Institute, 2022, (Zugriff am 22.4.2023), Karamessini, M., "Mass unemployment and poverty, and welfare state reform: the governmental experience of Syriza", ebd.

[2] Das ganze Ausmaß des Skandals ist noch unklar, und es kommen ständig neue Beweise ans Licht. Der Kern des Skandals besteht darin, dass die Kommunikation einer Reihe von Personen (führende Politiker, Minister und andere Beamte, hochrangige Militäroffiziere, Journalisten, Geschäftsleute usw.) entweder mit Hilfe der Spionagesoftware Predator oder direkt von der griechischen Sicherheitsbehörde (EYP) ohne rechtmäßigen Grund illegal überwacht wurde, und

zwar mit dem angeblichen Wissen, wenn nicht sogar in Abstimmung mit dem Umfeld des Premierministers. Darüber hinaus wurden investigative Journalisten und der Leiter der unabhängigen Behörde für den Schutz der Privatsphäre in der Kommunikation zur Zielscheibe eines Vertuschungsversuchs. Der Skandal hat international große Aufmerksamkeit erregt, und das Europäische Parlament und die Kommission haben wiederholt Initiativen zu diesem Thema ergriffen.

[3] In der Nacht des 28. Februar kollidierten zwei Züge in Tempi, einer Region in der Nähe der Stadt Larissa in Zentralgriechenland, wobei 57 Menschen ums Leben kamen. In den darauffolgenden Tagen kam es im ganzen Land zu erheblichen Protesten, wobei der Generalstreik vom 8. März einer der massivsten Proteste zumindest des letzten Jahrzehnts war.

[4] Nach der regelmäßigen Analyse der Umfragen, die vom Institut Nicos Poulantzas veröffentlicht wird, liegt die ND für den Zeitraum zwischen Dezember 2022 und April 2023 um 2,3 Prozentpunkte vor Syriza, allerdings mit abnehmender Tendenz. Siehe mehr (auf Griechisch): Koltsida, D., Poulakis, K., Eklogikes Taseis #13 [Electoral Trends #13], Nicos Poulantzas, Institut, 13/4/2023

[5] Laut der letzten Welle der jährlichen Umfrage des Nicos-Poulantzas-Instituts zum Thema Jugend und Politik, die nur wenige Tage vor dem Zugangslück in Tempi (Februar 2023) durchgeführt wurde, antworteten 96,0 % der jungen Wähler (17-34 Jahre), dass sie bei den bevorstehenden nationalen Wahlen "sicher" oder "höchstwahrscheinlich" wählen werden. 89,2 % gaben an, dass sie "sehr" oder "irgendwie" an den bevorstehenden nationalen Wahlen interessiert sind. Was ihre Wahlpräferenzen betrifft, so entschieden sich 27,7 % für Syriza und 19,7 % für die ND.